

Podiumsveranstaltung „Menschenrechts- und Sicherheitspolitik der Regierung Obama“, Hamburger Landesvertretung, 27.11.2009

## Zu einigen Erfahrungen Europas und Deutschlands bei der internationalen Terrorismusbekämpfung

Ich konzentriere mich auf die transatlantische Terrorismusbekämpfung.

### I. Kernelemente der US-amerikanischen Terrorismusbekämpfung nach 2001

Eingangs ist es wichtig, sich kurz noch einmal die Hauptelemente der US-amerikanischen Terrorismusbekämpfung nach 2001 vor Augen zuführen, um die Frage beantworten zu können,

- welche Elemente sind weiterhin gültig,
- welche nicht mehr
- und bei welchen wissen wir es einfach nicht genau.

**Elemente nach 2001, die von der Regierung Obama offiziell nicht unterstützt werden, sind:**

- die **überragende Bedeutung des Einsatzes militärischer Machtmittel** im Kampf gegen den Terrorismus, die auch mit einem entsprechenden Einsatz von Personal, Ressourcen und konzeptionellen Ansätzen verbunden war;
- die Einrichtung und Aufrechterhaltung **geheimer Haftzentren** unter Verantwortung der CIA, die unterdessen geschlossen sind;
- **Guantánamo**, eingerichtet im Jahr 2002, beherbergt zurzeit mehr als 200 Gefangene<sup>1</sup>. Lager und Gefangene können weiterhin nicht von Menschenrechtsorganisationen und -experten besucht werden. Als im Sommer 2009 die beiden UN-Sonderberichterstatter zu Folter, Manfred Nowak, und zu Terrorismus, Martin Schein, die Lager besuchen wollten, wurde ihnen erneut, wie schon unter Präsident Bush, der Zugang verwehrt<sup>2</sup>. Das Lager soll im nächsten Jahr geschlossen werden.

---

<sup>1</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/Guantanamo\\_Bay\\_detention\\_camp](http://en.wikipedia.org/wiki/Guantanamo_Bay_detention_camp) (25.11.2009).

<sup>2</sup> "U.S. Rebuffs U.N. Requests for Guantanamo Visits, Data on CIA Prisons", Washington Post, 23.07.2009.

- **Anwendung der Folter.** Diese wurde verboten. Für Verhöre von hochrangigen Terrorismusverdächtigen soll eine eigene Einheit zuständig sein, die dem FBI, nicht der CIA untersteht<sup>3</sup>. (Democracy Now berichtet: The Obama administration, meanwhile, has confirmed plans to establish a new team of interrogators to question foreign suspects outside of the CIA. The High-Value Detainee Interrogation Group, or HIG, will be operated out of the FBI and overseen by the National Security Council. White House Deputy Press Secretary Bill Burton said the CIA will continue to play a dominant role: "The CIA is obviously—obviously has a very important role to play as it relates to interrogations. They've done a brilliant job in doing it so far, gathering intelligence. A lot of people don't know that half of the FBI's mission is actually to gather intelligence. So what this does is it houses all these different elements under one group, where they can best perform their duties. The intelligence community is going to have a deputy who will be in that group, and obviously the CIA will be very involved in this."<sup>4</sup>) Es wird zu beobachten sein, ob das Folterverbot eingehalten wird und ob auch „enhanced interrogation techniques“ hiervon betroffen sind.

#### Methoden, die von der Regierung Obama weiter verwandt werden, sind:

- **außerordentliche Überstellungen (extraordinary renditions);** dies meint die Überstellung von Terrorismusverdächtigen aus einem Drittland in ihre Heimatländer, in dem sie per drohender Folter zur Informationsweitergabe gezwungen werden<sup>5</sup>.

**(Democracy Now:** Obama to Continue Extraordinary Rendition Program - The White House meanwhile has also revealed its plans to continue the Bush administration's practice of kidnapping foreign suspects and jailing them abroad. On Monday, administration officials said extraordinary rendition will remain in place, but with safeguards to ensure prisoners are no longer tortured. The officials say the State Department will play a larger role than before in monitoring the prisoners' safety.<sup>6</sup>)

Was dies genau meint, ist mir nicht klar. Die meisten Heimatländer von Terrorismusverdächtigen sind seit Jahrzehnten bekannt, Folter systematisch anzuwenden, besonders gegenüber dieser Gruppe von Gefangenen. Dies wird nicht zuletzt immer wieder auch in Menschenrechtsberichten des US-Außenministeriums bestätigt.

---

<sup>3</sup> New Unit to Question Key Terror Suspects. Move Shifts Interrogation Oversight From the CIA to the White House, Washington Post, 24.08.2009.

<sup>4</sup> <http://www.democracynow.org/2009/8/25/headlines>

<sup>5</sup> Obama Administration Maintains Bush Position on 'Extraordinary Rendition' Lawsuit , ABC News, February 09, 2009.

<sup>6</sup> <http://www.democracynow.org/2009/8/25/headlines>

- **Internierung ohne Anklage oder Gerichtsverfahren** als so genannter feindlicher Kämpfer: Neben Guantánamo gibt es weiter Internierung in Drittländern wie z.B. in Afghanistan (Militärbasis Bagram), wo zurzeit ca. 600 Gefangene ohne Anklage und Gerichtsverfahren unter Kontrolle des Militärs festgehalten werden<sup>7</sup>. Man weiß hier z.B. nicht, ob es sich bei den Gefangenen ausschließlich um (vermeintliche) Kombattanten handelt, oder ob auch „zivile“ Gefangene dabei sind (Stichwort: „drug lords“). Erst im September 2009 hat die US-Regierung Gefangenen eingeräumt, ihre Internierung einmalig vor einem Gericht überprüfen zu lassen.<sup>8</sup>

Es gibt keine Besuchsmöglichkeiten für internationale Menschenrechtsorganisationen. Der Hinweis auf Zugangsmöglichkeiten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, das diese Gefängnisse ja besuchen könne, überzeugt aus der Sicht des universellen Menschenrechtsschutzes nicht, weil diese Institution traditionell vertraulich arbeitet. Sie macht keine Aussagen über die Lage, die es vorfindet und berichtet nicht öffentlich. Nur Menschenrechtsorganisationen und Experten werden in der Regel über das, was sie vorfinden auch öffentlich berichten, Analysen vorlegen und Empfehlungen aussprechen.

- **Gezielte Tötungen:** 2002 gab es einen ersten Fall, soweit mir bekannt ist. Im jemenitischen Nordosten, der Provinz Ma'rib, verbargen sich nach Angaben jemenitischer Sicherheitsbehörden einige Personen, die der Mitgliedschaft von Al-Qa'ida und der Beteiligung oder Vorbereitung am Anschlag gegen das US-Kriegsschiff USS Cole im Oktober 2000 verdächtigt werden. Versuche jemenitischer Sondereinheiten, diese Personen im Dezember 2001 in Ma'rib zu verhaften, endeten in einem Fiasko, bei dem unter anderem 18 Soldaten getötet wurden.

Am 3. November 2002 kam es dann auf einer Straße in Ma'rib zu einer Explosion eines Geländewagens mit sechs Insassen, unter ihnen einer der gesuchten Al-Qa'ida Anhänger, Qa'id Sinan al-Harithi. Jemenitische Sicherheitsbehörden sprachen von einer Explosion und bestritten zunächst irgendeine Involvierung der USA. US-Behörden bestritten zunächst gleichfalls jedwede Beteiligung an dem Vorfall, um später einzuräumen, dass eine von einer Drohne abgefeuerte Rakete den Tod aller sechs Insassen verursacht hatte, die unter Kontrolle des Geheimdienstes CIA war. Der Sprecher des US-Außenministeriums gab eine recht kryptische Erklärung ab, indem er sagte, dass die amerikanische Ablehnung von außergerichtlichen

---

<sup>7</sup> U.S. gives tour of new Afghan detention center, Washington Post. 16.11.2009.

<sup>8</sup> US allows Bagram detainees to challenge detention. The move will affect some of the 600 prisoners at the Afghanistan airbase. But they will not have access to lawyers or US courts, Christian Science Monitor, September 15, 2009.

Hinrichtungen und gezieltem Mord, die sie mehrfach gegenüber der israelischen Regierung zum Ausdruck gebracht habe, sei durch diese Aktion zwar nicht grundsätzlich berührt, aber doch mit den speziellen Faktoren des Nahostkonfliktes verbunden.

Mitte Dezember 2002 berichtete die *New York Times*, dass Präsident Bush schriftlich angeordnet habe, dass der US-Geheimdienst CIA Führer von Al-Qa'ida jagen und töten solle. Es existiere eine Liste mit zwei Dutzend Führern von Al-Qa'ida, die ohne weitere Bestätigung durch den Präsidenten getötet werden können, wenn die Festnahme nicht praktikabel, d.h. zu gefährlich oder logistisch nicht möglich sei. Darüber hinaus gäbe es noch eine umfassendere Liste, die periodisch aktualisiert werden würde. Die genauen Kriterien für die Auswahl seien nicht klar, erklärte ein Vertreter der US-Regierung, aber die Belege für die Anschuldigungen müssten klar und überwältigend sein. Führungspersönlichkeiten des US-Kongresses würden über geheime Unternehmen, um Al-Qa'ida-Mitglieder zu töten, informiert.<sup>9</sup>

- **Drohnen-Angriffe in Pakistan zur gezielten Tötung unter Kontrolle der CIA:** Offizielle Angaben über die Zahl der Opfer gibt es nicht. Schätzungen hierzu für den Zeitraum 2006 bis heute gehen von 600 bis 1.000 Toten aus, davon nach einigen Quellen rund 25% Zivilisten. Presseberichten zufolge haben Drohneneinsätze unter der Regierung Obama deutlich zugenommen. Hierzu gibt es eine Erklärung des UN-Sonderberichterstatters zu außergerichtlichen Hinrichtungen, Philip Alston: "My concern is that these drones, these Predators, are being operated in a framework which may well violate international humanitarian law and international human rights law. "The onus is really on the government of the United States to reveal more about the ways in which it makes sure that arbitrary executions, extrajudicial executions, are not in fact being carried out through the use of these weapons." <sup>10</sup>

Die US-Regierung hat in der Vergangenheit abgelehnt, dass UN-Menschenrechtsexperten sich zu extraterritorialem Handeln - d.h. außerhalb des US-Staatsgebietes - äußern, etwa bei der Diskussion ihres Staatenberichtes an den UN-Menschenrechtsausschuss (z.B. Guantánamo, Pakistan)<sup>11</sup>

## **Offene Politikfragen: Umgang mit der Vergangenheit, Strafverfolgung, Schadensersatz und Wahrheitskommission**

---

<sup>9</sup> "U.S. targets 2 dozen terrorist leaders", International Herald Tribune, 16.12.2002, 1,4.

<sup>10</sup> "US warned on deadly drone attacks ", BBC, 2009.

<sup>11</sup> Concluding observations of the Human Rights Committee: United States of America. 15/09/2006, <http://www.unhcr.ch/tbs/doc.nsf/%28Symbol%29/CCPR.C.USA.CO.3.En?Opendocument>

Maßnahmen der Terrorbekämpfung wurden jahrelang geheim gehalten, so dass eine regelrechte Nebelwand entstand, die eine unabhängige Informierung der Zivilgesellschaft, eine Bewertung von Staatenpraxis und die Entwicklung von Forderungen erheblich erschwert. Hinter dieser Nebelwand kam es zu erheblichen Menschenrechtsverletzungen und bis heute ist unklar, ob und wenn ja inwieweit die politisch Verantwortlichen und die Täter dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Bisher sind US-Gerichte eher zögerlich, offensichtliche Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen, geschweige denn zu ahnden. Das gilt für den Fall der CIA-Entführung von Khaled El Masri, der vor den US-Gerichten alle Klagen verloren hat, und auch für die Fälle Maher Arar aus Kanada, Amir Meshal<sup>12</sup> und andere. Stets wurden Untersuchungen mit Verweis auf die nationale Sicherheit abgelehnt. Es geht hier um Aufklärung, um Strafverfolgung, um Schadensersatz für die Opfer und die von einigen US-amerikanischen NGOs aufgeworfene Frage nach einer Wahrheitskommission für die Amtszeit von Präsident Bush.

## II. Deutschland und Europa

Rückblickend sehe ich vier Ereignisse, bei denen es zu intensiven Diskussionen über die richtige Art und Weise der Terrorbekämpfung zwischen den USA und Europa kam:

- Deutschland war nach den katastrophalen Attentaten von 2001 zuerst mit dem Aufdecken der Hamburger Zelle konfrontiert. Es stellte sich heraus, dass einige der Attentäter oder Unterstützer in Hamburg gelebt hatten - Atta, Shehhi, Jarrah, Binalshibh - und nach Afghanistan zur Ausbildung und Beratung gefahren waren (National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States<sup>13</sup>).
- Seit der Einrichtung von Guantánamo war das Gefängnis Thema kritischer Reaktionen in der Öffentlichkeit, von NGOs, von den Medien und von einigen Regierungen, so der Schweiz und der Bundesregierung (der Bundestag verabschiedete zwei Beschlüsse hierzu).
- Abu Ghraib, im Frühjahr 2004
- Am 2. November 2005 berichtete die "Washington Post" über geheime CIA-Haftorte in acht Ländern, darunter in Jordanien und Thailand<sup>14</sup>. Die Namen mehrerer osteuropäischer Länder wurden von der Zeitung auf Bitten der US-Regierung

---

<sup>12</sup> U.S. citizen sues over treatment in 'rendition'. Man, never charged, says he was threatened with torture and death, Washington Post, 11.11.2009.

<sup>13</sup> National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States, Report, 2004, S. 160ff.; <http://govinfo.library.unt.edu/911/report/index.htm>.

<sup>14</sup> „CIA Holds Terror Suspects in Secret Prisons“, Washington Post, 02.11.2005. Die thailändische Regierung bestritt dies, aber das entsprechende Gefängnis ist wohl schon 2003 oder 2004 geschlossen worden.

zurückgehalten.<sup>15</sup> Dem Bericht zufolge hielt die CIA dort rund 100 Gefangene fest, 30 mutmaßliche Al-Qa'ida Führer und 70 weniger wichtige Mitglieder. Die US-Regierung nahm keine Stellung zu den Meldungen. Die CIA beantragte aber beim Justizministerium eine strafrechtliche Untersuchung zur Ermittlung der Informanten.<sup>16</sup>

Wenige Tage danach publizierte die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch einen Bericht, in dem Polen und Rumänien als die beiden nicht genannten Länder bezeichnet werden, die geheime Gefängnisse unterhalten hätten.<sup>17</sup> Darauf wurde die umfassendste Untersuchung in der Geschichte des Europarates und auch der Europäischen Union initiiert um herauszufinden, was europäische Regierungen wussten und ob und ggf. worin sie kooperiert haben.

Zurzeit gibt es staatsanwaltschaftliche Untersuchung in Polen und neuerdings - in diesem Jahr - auch in Litauen zu möglichen Geheimgefängnissen.

(Die Verteidigungslinie der Regierung Bush damals: Bei ihrem Besuch in Europa wies Außenministerin Condoleeza Rice im Dezember 2005 Vorwürfe zurück, der Geheimdienst CIA habe Terrorverdächtige in Europa gefoltert. "Wir haben weder Flughäfen noch den Luftraum (in Europa) dazu genutzt, um Personen an Orte zu bringen, wo sie gefoltert wurden", sagte Rice am Rande eines Treffens der Nato-Außenminister in Brüssel. Die USA respektierten die Souveränität ihrer Verbündeten.<sup>18</sup> Die Regierung in Washington erachte es als wichtig, auch im Kampf gegen den Terror nationale Gesetze und internationale Verpflichtungen einzuhalten. Demokratien befänden sich aber im Kampf gegen den Terror in einem Dilemma. Sie müssten ihre Bürger schützen, dies aber nach Recht und Gesetz tun. Ein Schlüssel hierfür sei der Einsatz von Geheimdiensten. Die Frage von Journalisten, ob die europäischen Regierungen von den geheimen Gefangenentransporten des US-Geheimdienstes CIA gewusst hätten, ließ Rice offen. Politik der US-Regierung sei es, Folter nicht zuzulassen.<sup>19</sup>)

- Insbesondere Deutschland: Im Hinblick auf die Rolle der Bundeswehr in Afghanistan, Kurnaz-Vorwürfe und KSK, ließe sich fragen: Waren BW-Angehörige Gehilfen oder sogar Mittäter, als sie Gefangene wie Kurnaz 2002 bewachten, die dann nach

---

<sup>15</sup> „The Post did not publish the names of eastern European Countries involved in the program, at the request of senior U.S. officials. They argued that doing so could damage counterterrorism efforts in those countries and elsewhere“ (Washington Post, 02.11.2005); „Policies on Terrorist Suspects Come Under Fire“, Washington Post, 03.11.2005.

<sup>16</sup> „C.I.A. Asks Criminal Inquiry Over Secret-Prison Article“, New York Times, 09.11.2005.

<sup>17</sup> Human Rights Watch: List of "Ghost Prisoners" Possibly in CIA Custody. List of Detainees Published 01.12.2005, <http://hrw.org/english/docs/2005/11/30/usdom12109.htm> (abgerufen am 28.07.2006).

<sup>18</sup> „Rice nimmt Stellung zu CIA-Flügen. Entspannung ja - Aufklärung nur bedingt“, Tagesschau, 09.12.2005; [http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID5024110\\_REF1,00.html](http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID5024110_REF1,00.html).

<sup>19</sup> Ebd.

Guantánamo verbracht wurden? Wo befindet sich die rote Linie in den „Rules of Engagement“, die auch nicht aufgrund von NATO-Verbundenheit überschritten werden darf?

### **Neue Entwicklungen**

- Folteruntersuchung zu Irak in 33 Fällen des brit. Verteidigungsministeriums<sup>20</sup>
- Nutzung von Informationen durch Geheimdienste (Deutschland: Besuche in Guantánamo, Syrien u. a., Großbritannien: MI5, Folteranschuldigungen u. a.)

### **Antiterrorstrategien**

- In Europa lag die Terrorismusbekämpfung vor allem in den Händen von Polizei und Nachrichtendiensten; das Militär hat in wenigen Ländern eine begrenzte Rolle gespielt. Freilich hatten wir in Deutschland eine Diskussion über die Frage, ob ein Einsatz der Bundeswehr im Inland erforderlich sei. Bisher hat sich hierfür keine politische Mehrheit gefunden.
- Militär wurde in einigen wenigen Ländern zu Wachaufgaben eingesetzt, wie in Großbritannien. Sicher gab es auch logistische Hilfen.
- Terrorbekämpfung als Krieg: Einige europäische Länder haben sich beteiligt an der Irak-Invasion von 2003, andere haben sie ausdrücklich abgelehnt. In Afghanistan sind zahlreiche europäische Länder neben den USA engagiert.

### **III. Eckpunkte einer menschenrechtsorientierten internationalen Terrorismusbekämpfung** (Sicher nicht umfassend, aber einige wichtige Punkte werden im Folgenden benannt)

#### **Grundsätze**

- Klare Zurechenbarkeit staatlichen Handelns

---

<sup>20</sup> Britain's Abu Ghraib: Did Britain collude with US in abuse of Iraqis?, The Independent, 14 November 2009.

- die Zunahme staatlicher Befugnisse muss zu verbesserter und angemessener Kontrolle durch parlamentarische und Expertengremien führen; die Öffentlichkeit muss über Ergebnisse informiert werden.
- Bei Fehlentwicklungen und besonders Rechtsverletzungen müssen wirkungsvolle und öffentlich nachvollziehbare Untersuchungen durchgeführt werden, die je nach Fall disziplinarische, strafrechtliche und politische Konsequenzen haben müssen. Untersuchungen, bei denen Institutionen gegen eigene Angehörige ermitteln können - Militär das Militär z.B. - müssen durch rechtsstaatliche Verfahren der Justiz ergänzt werden.
- Bei Untersuchungen müssen Regierungen verpflichtet werden, den Zugang zu relevanten Unterlagen und Gesprächspartnern sicher zustellen und nicht durch eine überzogene Geheimhaltung Untersuchungen behindern (erinnert sei hier an das Urteil des BVerfG zum BND-Untersuchungsausschuss vom Juni 2009:  
 „Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts entschied, dass die zulässigen Anträge überwiegend begründet sind. Die Bundesregierung (Antragsgegnerin) hat durch die Beschränkung der Aussagegenehmigungen für benannte Zeugen, durch die Auslegung dieser Beschränkungen und durch die Verweigerung der Vorlage von angeforderten Akten mit den hierfür gegebenen unzureichenden Begründungen das Informations- und Untersuchungsrecht des Deutschen Bundestages aus Art. 44 GG verletzt.
- Pauschales Berufen auf einen der verfassungsrechtlichen Gründe, wie den Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung und Gründe des Staatswohls, die dem parlamentarischen Untersuchungsrecht Grenzen setzen, genügt in keinem Fall.“<sup>21</sup>
- Bessere Kontrolle (auch befreundeter) ausländischer Geheimdienste in Mitgliedsstaaten des Europarates

### **Einzelne Punkte**

Bestimmte Strategien der Terrorismusbekämpfung sind abzulehnen und Rechtsstaaten sollten sich nicht an deren Anwendung durch Informationsweitergabe o. ä. beteiligen:

- Keine Abschiebung und Auslieferung von terrorismusverdächtigen Ausländern in Ländern bei drohender Anwendung der Folter

---

<sup>21</sup> BvR Pressemitteilung Nr. 84/2009 vom 23. Juli 2009 Beschluss vom 17. Juni 2009 - 2 BvE 3/07 -.



- Keine Entsendung deutscher Regierungsbeamte zur Gefangenenbefragung in einem rechtlich unklaren Kontext bzw. Folterkontext
- Keine Beteiligung an unfaire Gerichtsverfahren
- Keine Beteiligung an gezielte Tötungen
- Keine Beteiligung an rechtswidriger Haft

### Weitere Themen

- Umgang mit sog. Gefährdern / präventive Sicherheitshaft
- Ein pro-aktiver rechtsstaatlicher Schutz privater Daten; begründungspflichtig ist jeder Eingriff in den Datenschutz; besondere Vorsicht beim internationalen Austausch privater Daten; effektive Kontrollen sind unabweisbar.

### Schlussbemerkungen

Abschließend ist festzuhalten, dass die bisherigen Erfahrungen mit der Terrorismusbekämpfung in vielen Ländern unzweideutig sind. Die Praxis der Terrorismusbekämpfung begünstigt(e) immer wieder eine Infragestellung oder Zurückstufung klarer menschenrechtlicher (auch notstandsfester) Anforderungen, in der Regel mit Hinweis auf große, aber eigentlich unspezifizierte terroristische Gefahren. Von Folter, Entführungen, Internierung ohne Anklage oder Urteil sowie außergerichtlichen Hinrichtungen war bereits die Rede.

An diesem Punkt wird manchmal eingeworfen, nach dem 11. September habe sich alles geändert, die bestehenden Gesetze reichten nicht aus und man wisse gar nicht genau, ob Kriegs- oder Friedensrecht bei der Terrorismusbekämpfung angemessen sei. Eine so sophistische Argumentation kann aber nicht überzeugen. Es handelt sich dabei offensichtlich um den Versuch, den Staat von seiner strikten Bindung an geltendes Recht zu lösen. Dies kann nicht ohne erheblichen Schaden für den Rechtsstaat und auch die Demokratie geschehen.

Ein ernst gemeinter, effektiver Menschenrechtsschutz zeigt sich in klaren menschenrechtsorientierten Gesetzen, deren strikte Einhaltung gewährleistet werden muss, und auch in entsprechenden politischen Vorgaben der Regierung an Sicherheitsinstitutionen. Verhindert werden muss die immer präsente Gefahr, dass Gesetze und Verwaltungspraxis (Praxis der Sicherheitsinstitutionen) Menschenrechte aushöhlen und unter dem Deckmantel von Geheimhaltung ein paralleles „Schatten-Regierungshandeln“ entsteht, das nicht nur zu Menschenrechtsverletzungen führt, sondern auch den Rechtsstaat und damit auch die Demokratie dauerhaft unterminiert. „Schatten-Regierungshandeln“ heißt hier, nach außen

hin werden Rechtmäßigkeit und Menschenrechte hoch gehalten, nach innen wird geheim eine Zusammenarbeit gepflegt, die zu Menschenrechtsverletzungen führen.

Für eine wirkungsvolle politische Kontrolle sind neben dem politischen Willen der Politik und der ständigen Aufmerksamkeit der Justiz vor allem auch eine informierte, kritische Öffentlichkeit und aktive Zivilgesellschaft erforderlich. Dieser Öffentlichkeit verdanken wir, denke ich, für die letzten 8 Jahre schätzungsweise 80% der kritischen Informationen über die Praxis der Terrorbekämpfung.

## Literaturauswahl

Heinz, Wolfgang S.: Terrorismusbekämpfung und Schutz der Menschenrechte. Strategien in den USA, Großbritannien und Deutschland, in: Wolbert K. Smidt, Ulrike Poppe (Hrsg.), Fehlbare Staatsgewalt. Sicherheit im Widerstreit mit Ethik und Bürgerfreiheit, Münster, Lit-Verlag, April 2009, S. 39-72

Ders.: Die europäische Diskussion über CIA-Rendition-Flüge. Erfahrungen mit strafrechtlicher und politischer Aufklärung. Eine Zwischenbilanz, in: Henning Ernst Mueller/Günther M. Sander/Helena Válková (Hrsg.), Festschrift für Ulrich Eisenberg, München: C. H Beck, 2009, S. 35-67

Ders.: Germany. State Responses to Terrorist Challenges and Human Rights, in: Brysk, Alison/Shafir, Gershon, eds., National Insecurity and Human Rights. Democracies debate Counterterrorism, Berkeley: University of California Press, 2007, S. 157-176 (online: [http://repositories.cdlib.org/cgi/viewcontent.cgi?article=1009&context=gaia/gaia\\_books](http://repositories.cdlib.org/cgi/viewcontent.cgi?article=1009&context=gaia/gaia_books))

Ders.: Terrorismusbekämpfung und Menschenrechtsschutz in Europa. Exemplarische Fragestellungen. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2007  
(online:[http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/Studie/studie\\_terrorismusbekaempfung\\_und\\_mrschutz\\_in\\_europa.pdf](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Studie/studie_terrorismusbekaempfung_und_mrschutz_in_europa.pdf))

Ders. mit Joanna Ruszkowska: UN-Friedensoperationen und Menschenrechte, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2009  
online: ([http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx\\_commerce/essay\\_no\\_10\\_un-friedensoperationen\\_und\\_mr.pdf](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/essay_no_10_un-friedensoperationen_und_mr.pdf))

Wolfgang S. Heinz

E-Mail: [heinz@institut-fuer-menschenrechte.de](mailto:heinz@institut-fuer-menschenrechte.de)

Tel. (030) 259 359 26